

Humanistische Union

Quartalsbericht Nr. 161 (März 1998)

Bericht des Landesverbandes Berlin für die Mitteilungen Nr. 161 (März 1998)

Am 28. Januar 1998 fand unter Beteiligung der HU Berlin die Beratung und Urteilsverkündung des "Bürgerrechtsgerichtshofes" (BÜGH) zum **Großen Lauschangriff** statt. Dabei haben die amtierenden "RichterInnen" Renate Künast (Abgeordnetenhaus), Ellis Huber (Präsident der Ärztekammer), Friedrich Küppersbusch (Journalist), Manfred Such (MdB Bündnis 90/Die Grünen) und Christian Ströbele (RA, Bündnis 90/Die Grünen) die Klagen von Bürgerinnen und Bürgern sowie verschiedenen Berufsverbänden gegen die Änderung des Grundgesetzes und zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität als unzulässig abgewiesen. In der Begründung des Gerichtes heißt es: "Die angefochtenen Gesetze verletzen Bürgerrechte. Sie gestatten den staatlichen Eingriff in Intimbereiche der Bürgerinnen und Bürger ... Aber wenn die Veränderung des Grundgesetzes wirksam beschlossen ist, ist von einer Anrufung der Gerichte Abhilfe nicht mehr zu erwarten. Politischer und praktischer Widerstand mit technischen Mitteln ist angesagt."

In Berlin ist ein Aktionskreis für die Beibehaltung der Freiwilligkeit des **Religions- und Lebenskundeunterrichts** gegründet worden, den Gerd Eggers initiiert hat. Im Rahmen dieser Initiative fand am 4. Februar eine sehr gut besuchte Veranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus statt, an der neben der Schulsenatorin auch die (potentiellen) Anbieter von Religions- und Lebenskundeunterricht sowie VertreterInnen der Schüler, Eltern und Lehrer und der Fraktionenteilgenommen haben. Anlaß dieser Veranstaltung war das Bekanntwerden der im vergangenen November wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen dem Senat und den beiden Kirchen über neue Staatsverträge, in denen u.a. zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Einführung von Religionsunterricht als Wahlpflichtfach verhandelt wurde. Ziel des Aktionskreises ist es, die öffentliche Diskussion der Senats-Kirchen-Verhandlungen zu fördern.

Am 18. Februar fand im Haus der Demokratie eine vom Antidiskriminierungsbüro vorbereitete Veranstaltung zu den sog. **Taxifahrerprozessen** in Sachsen statt. In diesen Prozessen haben sich mehrere Taxifahrer wegen einer angeblichen Beihilfe bei der illegalen Einwanderung zu verantworten und sind teilweise verurteilt worden, weil sie ausländische Fahrgäste innerhalb des deutschen Grenzgebietes befördert haben. Aufgrund der zahlreichen Verfahren haben die örtliche Handelskammer und die Taxiinnung inzwischen Richtlinien für ihre Fahrer erstellt. In diesen Richtlinien werden die Fahrer dazu aufgefordert, durch ihr Aussehen und andere Merkmale zu verdächtigende Menschen von der Beförderung auszuschließen bzw. den BGS einzuschalten. Vor allem die mit den Verfahren verbundenen Aufforderungen zur Beobachtung und Denunziation von ausländisch erscheinenden Menschen haben eine nachhaltige Wirkung in den betroffenen Regionen hinterlassen. Unsere Landesvorsitzende Ingeborg Rürup war an der Podiumsdiskussion beteiligt und arbeitet in einem Arbeitskreis an diesem Thema weiter.

In Berlin hat eine Kampagne von "**Mehr Demokratie jetzt**" begonnen, welche im Haus der Demokratie ein Büro eröffnet hat. Mit dieser Kampagne wollen die beteiligten Organisationen ihre Forderungen nach mehr direktdemokratischen Einflußmöglichkeiten durchsetzen. Obwohl es

<https://berlin.humanistische-union.de/thema/quartalsbericht-nr-161-maerz-1998/>

Abgerufen am: 20.04.2024